

08.09.2020

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Die Rolle der Regionen in Europa stärken

I. Ausgangslage

Die Stärke Europas liegt in seiner Vielfalt – der Vielfalt seiner Völker, Kulturen und Regionen. Der EU-Vertrag sieht ausdrücklich die Anerkennung kommunaler und regionaler Selbstverwaltung unter dem Stichwort „Europa der Regionen“ vor. Handlungsfähige Regionen, Gliedstaaten und Kommunen sind die zentralen Bausteine für ein bürgernahes Europa.

Mit dem Ausschuss der Regionen (AdR) besteht seit 1994 auf europäischer Ebene eine institutionalisierte Interessenvertretung der Gemeinden und Regionen Europas. Geschaffen wurde das Gremium durch den Maastrichter Vertrag mit dem Ziel, die Organe der EU und die regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften durch einen direkten Draht miteinander zu verbinden.

Die politische Arbeit des AdR hat stetig an Bedeutung gewonnen. Waren die Möglichkeiten zu Beginn stark an der Arbeit des Wirtschafts- und Sozialausschusses orientiert, ist die Anhörung des AdR vor Erlass eines europäischen Rechtsakts heute in vielen Bereichen der europäischen Gesetzgebung obligatorisch.

Daneben kann der AdR auch aus eigener Initiative tätig werden und Stellungnahmen oder Entschlüsse annehmen, ohne dabei auf die genannten Politikfelder beschränkt zu sein. Durch seine in vielen Fällen eingebrachte regionale und kommunale Erfahrung hat der AdR einen deutlichen Einfluss auf das europäische Rechtssetzungsverfahren und die politische Willensbildung. Er gilt heute als wichtige Instanz gegenüber Europäischem Parlament, Rat und Kommission, auch wenn er seinen beratenden Charakter behalten hat.

Die politische Arbeit des AdR wurde weiter aufgewertet, nachdem ihm ein Subsidiaritätsklage-recht an die Hand gegeben wurde in Bezug auf Gesetzgebungsakte, für deren Erlass die Anhörung des AdR nach dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union vorgeschrieben ist. Schließlich darf die EU nur dann tätig werden, wenn ihr Handeln bessere Ergebnisse erzielt, als es Regelungen auf der Ebene der Mitgliedstaaten könnten.

Neben dem AdR haben auch die nationalen Parlamente die Möglichkeit, eine Subsidiaritäts-rüge auszusprechen. Die vom ehemaligen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker ins Leben gerufene „Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und ‚Weniger, aber effizien-teres Handeln‘“ fordert in ihrem Abschlussbericht mehr Mitspracherechte für die lokalen, regi-onalen und nationalen Behörden bei der Politikgestaltung der EU. Durch das neue Konzept

Datum des Originals: 08.09.2020/Ausgegeben: 08.09.2020

der „aktiven Subsidiarität“ soll zudem der Mehrwert des EU-Rechts sowie die Vorteile für die Bürger sichergestellt und so in den Mitgliedstaaten zu mehr Eigenverantwortung bei Entscheidungen der Union führen.

Die Bedeutung des AdR und damit der Einfluss der Regionen auf die Entwicklung Europas muss auch in Zukunft weiter gestärkt werden. Ziel muss ein gelebtes Europa der Regionen sein. Gerade aus Sicht der föderalen Struktur der Bundesrepublik und der europäischen Zielsetzung eines „Europa der Regionen“ muss dem AdR, parallel zum Europäischen Parlament, mehr Kompetenz zuwachsen. Regionen müssen über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg gemeinsame Vorgehensweisen diskutieren und beschließen können. Viele der Herausforderungen, denen Europa begegnen muss, sind grenzüberschreitender Natur, die letztendlich jedoch vor allem auf lokaler und regionaler Ebene angegangen werden müssen.

Insbesondere die Covid-19-Pandemie zeigt, wie notwendig und wirkungsvoll ein abgestimmtes Handeln Hand in Hand mit europäischen Freunden in Nachbarstaaten und -regionen ist. So haben die auf Initiative der Landesregierung geschaffene „Cross-Border Task Force Corona“ als ständiges Gremium für Informationsaustausch und Beratung zwischen Belgien, Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden sowie die gelebte Solidarität zwischen den Staaten bei der Aufnahme von schwer an Covid-19 erkrankten Patienten dazu beigetragen, die gesundheitlichen Folgen der Pandemie in den Griff zu bekommen.

Die geplante Konferenz zur Zukunft Europas bietet darüber hinaus eine weitere Gelegenheit, die Erfahrungen und die direkte Betroffenheit der europäischen Regionen und ihrer Bürgerinnen und Bürger aktiv einzubinden. Ein stabiles Europa braucht den Rückhalt seiner Bürgerinnen und Bürger. Transparenz und Vertrauen können nur aus öffentlichen Debatten erwachsen. Die Konferenz zur Zukunft Europas soll den Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Experten und EU-Institutionen fördern und in den kommenden zwei Jahren (2020-2022) grundlegende Zukunftsfragen für die mittel- und langfristige Entwicklung der Europäischen Union diskutieren. Hier bietet der AdR – neben der aktiven Einbindung der Zivilgesellschaft über Bürgerdialoge und Online-Plattformen – einen weiteren wichtigen Anknüpfungspunkt, um die Belange der Menschen in die Diskussionen über die Zukunft der Europäischen Union einfließen zu lassen. Dort sind zahlreiche lokale und regionale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger vertreten, die in engem Dialog mit den Menschen stehen. Deshalb muss sichergestellt werden, dass der AdR und damit die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften in angemessener Form in die Planung und Gestaltung der Konferenz einbezogen werden.

Siebzig Jahre nach der Schuman-Erklärung, zehn Jahre nach dem Vertrag von Lissabon und vor dem Hintergrund der Covid19-Pandemie ist es an der Zeit für einen ergebnisoffenen Prozess, der die nationalen Parlamente, die Regionen Europas und die Zivilgesellschaft aktiv einbindet, und eine Neubewertung der Europäischen Union vornimmt.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- In der Vielfalt der Regionen liegt die Stärke Europas. Sie machen Europa erlebbar und müssen mehr Mitsprache im europäischen Mehrebenensystem erhalten.
- Die Kommunen sowie die Bundesländer müssen auch künftig selbstbewusst und mit starker Stimme – in Zusammenarbeit mit ihren Partnern aus den anderen EU-Mitgliedstaaten – ihre Interessen gegenüber den Institutionen der EU vertreten.

- Der AdR bleibt eine unverzichtbare Stimme der regional und lokal gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten.
- Das politisch bestimmende Machtzentrum aus Rat der Europäischen Union, Kommission und Parlament muss um die regionale Perspektive erweitert werden.
- Eine Konferenz zur Zukunft Europas, die der europäischen Integration über die Einbeziehung von europäischen, nationalen und regionalen Institutionen sowie der Zivilgesellschaft neue Impulse verleihen und die europäische Demokratie stärken soll, ist ausdrücklich zu begrüßen.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- sich weiter für eine intensive Teilhabe und Mitwirkung der Regionen an den Entscheidungsprozessen des Europäischen Parlaments, der Kommission und des Rats einzusetzen und insbesondere die Rolle des AdR zu stärken.
- sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass der Startschuss für die Konferenz zur Zukunft Europas, sofern es die Lage rund um die Covid-19-Pandemie erlaubt, schnellstmöglich erfolgt.
- sich weiter dafür einzusetzen, dass der AdR und damit die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften in angemessener Form in die Planung und Gestaltung der Konferenz einbezogen werden.
- über die Vertreter im AdR im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas an der Einleitung von Reformschritten mitzuwirken, die die Handlungsfähigkeit und die demokratische Funktionsweise der EU im Einklang mit dem Grundsatz der aktiven Subsidiarität weiter stärken.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Dr. Marcus Optendrenk
Oliver Krauß

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Thomas Nüchel
Dietmar Brockes

und Fraktion